

PHILIPP LENGSFELD

Die Berliner Mitte im Wandel und die kulturpolitische Rolle des Bundes¹

Es war auffällig, dass sich die Diskussion auf dem abschließenden Podium des »8. Kulturpolitischen Bundeskongresses« der *Kulturpolitischen Gesellschaft* immer wieder um aktuelle Beispiele aus der Mitte Berlins drehte. Nun ist die kulturpolitische Bedeutung der Hauptstadt auf den ersten Blick offensichtlich – immerhin fließen fast 40 Prozent der Mittel aus dem Haushalt der Staatsministerin für Kultur und Medien nach Berlin. Doch ist es nicht allein die Hauptstadtrolle, die die Berliner Situation so interessant macht. Und auch die Einsicht, dass eine Millionenmetropole mit verhältnismäßig geringer industrieller Basis auf Kultur, ebenso wie auf Wissenschaft und neue Technologien setzen muss, um wirtschaftliche Dynamik zu entfachen, erfasst den Stellenwert noch nicht ganz, den kulturpolitische Weichenstellungen für Berlin haben.

Denn in der Mitte der deutschen Hauptstadt findet gegenwärtig eine Veränderung statt, deren Konturen und Bedeutung erst allmählich sichtbar werden. Kriegszerstörungen und die deutsche Teilung haben zahlreiche bauliche und ideelle Lücken hinterlassen, die nach der Einheit gefüllt werden mussten.

Ein neuer Leuchtturm in der Mitte Berlins – das Humboldt Forum

Als Dreh- und Angelpunkt in diesem Prozess erscheint das *Humboldt Forum* im wiedererrichteten Stadtschloss. Im Sommer 2002 beschloss der Deutsche Bundestag nach langen öffentlich geführten Debatten das Schloss anstelle des asbestbelasteten Palasts der Republik zu errichten. Sicherlich gab es auch gewichtige Argumente, die für eine architektonische Neulösung oder eine Sanierung des Palasts

¹ Grundlage dieses Beitrags ist der am 19. Juni 2015 auf dem 8. Kulturpolitischen Bundeskongress »Kultur.Macht. Einheit? Kulturpolitik als Transformationspolitik« gehaltene Vortrag in Panel 5 »Was bleibt zu tun? Zukunft der kulturpolitischen Transformation«.

der Republik sprachen. Doch hat der Bundestag mit der Entscheidung für das *Berliner Schloss* bewusst an die historische Gestalt der Stadtmitte angeknüpft. Im Unterschied zum Abriss- und Neubaudenken, wie es nach dem Krieg in Ost und West zahlreiche Innenstädte ihrer gewachsenen Form beraubte, wurde hier die Umgebung des Ortes berücksichtigt. Schon im Rohbau erweist sich das Schloss als stimmiger Bezugspunkt verschiedener Sichtachsen – ob von der Museumsinsel, von der Straße Unter den Linden oder auch aus Richtung des Fernsehturms.

Mit der Idee des *Humboldt Forums* steht für das Stadtschloss ein großer Entwurf für die inhaltliche Ausgestaltung zur Verfügung, dessen endgültige Form naturgemäß noch nicht vorliegt. Zunächst einmal ergänzt das *Humboldt Forum* die bereits vorhandenen Museen der Museumsinsel, doch zielt die Konzeption wesentlich darüber hinaus. Der zukünftige Intendant wird nicht einfach ein Museumsdirektor sein – vielmehr wird seine Aufgabe darin bestehen, die eingefahrenen Formen der Bildungsvermittlung und Diskussion zu sprengen. Mit Neil MacGregor, Hermann Parzinger und Horst Bredekamp haben drei ebenso unterschiedliche wie auf ihren Feldern hochversierte Persönlichkeiten die Aufgabe übernommen, dem Gedanken des *Humboldt Forums* die erste konkrete Richtung zu geben.

In der Kombination von alter Form und neuem Inhalt wird das *Humboldt Forum* bei seiner Fertigstellung kaum als schlichte Rekonstruktion von etwas Vergangenen erscheinen – es wird vielmehr für Berliner wie für Gäste aus aller Welt eine großartige Neuentdeckung in der Mitte der Hauptstadt sein. Und das *Humboldt Forum* beziehungsweise Schloss wird nicht die einzige Neuerung sein. Direkt vor dem Hauptportal entsteht nach einigen, nicht kulturpolitisch begründeten Verzögerungen, das Einheits- und Freiheitsdenkmal. Auch diese »Einheitswaage« wird funktionieren, wenn sie erst einmal da ist. Gegenüber erhalten die Museen der Museumsinsel mit der *James-Simon-Galerie* ein neues Eingangsgebäude. Entlang der Straße Unter den Linden werden die Staatsoper und die Staatsbibliothek von Grund auf saniert. Im Untergrund entsteht eine neue U-Bahn-Linie. Und schließlich ist der Prozess in Gang gekommen, den Platz vor dem Roten Rathaus und das sogenannte *Marx-Engels-Forum*, also den Bereich zwischen Schloss und Fernsehturm, neu zu gestalten. Wenn Anfang des nächsten Jahrzehnts die Baustellen entlang der Linden und auf der Museumsinsel beendet sein werden, wird die Mitte Berlins auf ganz neue Weise Lebendigkeit und städtisches Gefühl ausstrahlen.

Sicherlich ist bei den verschiedenen Projekten nicht immer alles gut gelaufen. Häufig kam und kommt es zu Bauzeit- und Kostenüberschreitungen (beim *Humboldt Forum* dank sorgfältiger Planung nicht). Insofern ist es auch richtig, einen kritischen Blick auf die Entscheidungen und den Umsetzungsprozess zu werfen. Beim Blick auf die Details zeigt sich dann aber auch oft, dass einige Entwicklungen von den Verantwortlichen nicht so einfach eingeplant werden konnten. Bei der Staatsoper etwa konnte der tatsächliche Zustand der Bausubstanz eben nicht im Voraus ermittelt werden, da der Spielbetrieb noch lief. Auch die Insolvenzen wichtiger Firmen beim Bau der Staatsoper oder der *James-Simon-Galerie* waren so nicht vorherzusehen. Aus dieser Erfahrung kann jedoch auch die Lehre gewonnen werden,

in Zukunft von Anfang an großzügiger zu planen und auch Worst-Case-Szenarien mit einzubeziehen. Im Ergebnis entstehen ja einzigartige Bauten, die, wenn sie gelungen sind, die Schwierigkeiten bei der Errichtung auch schnell vergessen lassen. Und die aufgrund ihres identitätsstiftenden Charakters und ihrer kulturellen Bedeutung ihr Geld auch wert sind. Um noch einmal die *Staatsoper Unter den Linden* als Beispiel zu nehmen: Für Ostberliner und Menschen aus der ganzen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) war das Haus mit seinem von Richard Paulick geschaffenen historisierenden Zuschauerraum ein besonderer Ort, den man besucht haben wollte. Ein solches Architekturdenkmal zu restaurieren erfordert natürlich einen gewissen Mitteleinsatz – ebenso wie die deutliche Verbesserung der Akustik und den zeitgemäßen Ausbau der Bühnentechnik, inklusive des viel kritisierten Verbindungstunnels zu den Werkstätten. Aber dafür werden hier in Zukunft erstklassige Operaufführungen an einem historischen Ort in der Mitte der Hauptstadt zu erleben sein.

Die Rolle des Bundes im kooperativen Kulturföderalismus

Was ist nun aber mit der Kultur im kleineren Maßstab? Jens Bisky hat in einer These nicht ganz zu Unrecht auf die Diskrepanz in der Finanzierung großer Leuchtturmprojekte wie der hier dargestellten und der häufig nur mangelhaften finanziellen Ausstattung von Einrichtungen der kulturellen Grundversorgung hingewiesen. Die Kulturpolitik des Bundes besteht natürlich zu einem nicht unwesentlichen Teil darin, Projekte von übergeordneter Bedeutung auf den Weg zu bringen und zu finanzieren und ein Schwerpunkt liegt naturgemäß auf der Hauptstadt. Aufgrund der föderalen Ordnung liegt die Kulturhoheit bei den Ländern und insbesondere die Grundversorgung vor Ort ist Aufgabe der Gemeinden (Aktuell werden 44,4% der Kulturausgaben in Deutschland von den Kommunen getragen, 42,2% von den Ländern und 13,4% vom Bund). Wenn nun kommunale Bibliotheken geschlossen oder Theater zusammengelegt werden, so handelt es sich hierbei um ein generelles Problem der kommunalen oder der Länderhaushalte. Schließlich sind auch Sportstätten, Schulgebäude oder die Verkehrsinfrastruktur vielerorts in schlechtem Zustand.

Trotz der primären Zuständigkeit der Länder nimmt die Regierungskoalition im Bundestag das Problem sehr ernst. Ein Antrag zu den Herausforderungen des demografischen Wandels wurde etwa gerade im Bundestag eingebracht. Die zukünftige kulturelle Versorgung gerade in ländlichen Gebieten spielt hier eine wichtige Rolle. Wäre also ein größeres Engagement des Bundes eine Lösung für die Schwierigkeiten, in denen sich Länder und Kommunen häufig befinden?

Es ist erstaunlich, wie sehr das erst 1998 geschaffene Amt eines *Beauftragten des Bundes für Kultur und Medien* in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Der Etat ist ständig gewachsen und entsprechend auch das finanzielle Engagement des Bundes in den Ländern. Ob es um die Errichtung und den Unterhalt von Gedenkstätten geht oder um die Unterstützung für kleinere Kinos, auf digitalen

Standard umzusteigen – eine anteilige Finanzierung von Bund und Ländern wird immer mehr die Regel. Diese Kooperation wird, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, noch ausgebaut und vereinheitlicht werden können.

Allerdings gehen mit einem stärkeren Engagement des Bundes auch Probleme einher. Aus der Perspektive eines Bundeskulturpolitikers besteht die Gefahr, dass sich eine gewisse Erwartungshaltung festsetzt und zunehmend vom Bund erwartet wird, die Finanzierung zu übernehmen. Andererseits werden aus einer föderalistischen Perspektive und einem wohlverstandenen Eigeninteresse heraus Länder und Kommunen gerade im Bereich der Kultur ihre Eigenständigkeit behaupten wollen. Wer mitbezahlt bestimmt schließlich auch mit. Kooperativer Kulturföderalismus klingt gut – zu Ende gedacht, bedeutet er zwar mehr Geld für die Länder, aber eben auch mehr Bürokratie und Abstimmungsverpflichtungen.

Aber auch ein überzeugter Föderalist dürfte gelegentlich eine vorauspreschende Entscheidung des Bundes gutheißen, wenn sie Schwung in ein lange festsitzendes Problem bringt. Zum Abschluss sei noch einmal ein Großprojekt des Bundes in Berlin angeführt, das für einiges Aufsehen gesorgt hat. Im letzten Jahr beschloss der Deutsche Bundestag, 200 Millionen Euro für das dringend benötigte *Museum der Moderne* bereitzustellen. Die *Neue Nationalgalerie* ist für die Sammlungen der Kunst des 20. Jahrhunderts zu klein geworden. Auch umfangreiche private Sammlungen können mit einem prominenten Neubau dauerhaft in Berlin gehalten werden. Das Land Berlin wird sich mit dem Grundstück und einer raschen baurechtlichen Genehmigung beteiligen – und freut sich auf ein weiteres hochkarätiges Museum.

Als der bevorzugte Standort an der Potsdamer Straße kommuniziert wurde, entzündete sich jedoch schnell die Diskussion: es solle keine Vorfestlegung geben, das Museum müsse in ein Gesamtkonzept zur Gestaltung des Kulturforums eingebunden werden, in der Tendenz: da müsse noch einmal grundsätzlich über alles nachgedacht werden. Nun ist die Debatte über eine städtebaulich zufriedenstellende Gestaltung des ganzen Kulturforums so alt wie das Areal selbst. Jahrelang wurde geredet und noch mehr geschrieben, ein Ergebnis gab es nicht. Natürlich wird es eine Herausforderung sein, zwischen Mies van der Rohe's *Neuer Nationalgalerie* und Scharouns Philharmonie ein Gebäude zu entwerfen und zu bauen, das sich sowohl einpasst als auch über eine anspruchsvolle eigene Architektur verfügt. Und sicherlich muss es eine räumlich kluge Anbindung an die umliegenden Gebäude geben, die, um ein städtebauliches Modewort zu gebrauchen, über Aufenthaltsqualität verfügt. Doch sind dies lösbare Probleme. Ohne die – sicherlich etwas unverhoffte und eigenmächtige – Entscheidung des Bundes, wäre das Kulturforum nach wie vor ein Fall für gelegentliche Feuilletondiskussionen. Nun besteht die echte Chance, ähnlich wie in der historischen Mitte, die bereits vorhandenen Einzelstücke zu einem lebendigen und neu zu entdeckenden Kulturort zusammenzufügen.